



Schleswig-Holsteinischer Landtag

Jens-Christian Magnussen, MdL

Brunsbüttel, 20. Februar 2014

P R E S S E M I T T E I L U N G

Hinweis:

Aus gesundheitlichen Gründen ist es mir leider nicht möglich an der Debatte teilzunehmen.

Pressemitteilung/Grundlage

Redekonzept TOP 18: Zukunft des Landeshafen Friedrichskoog

Friedrichskoog ist eine Gemeinde mit rd. 2400 Einwohnern und Einwohnerinnen. Sie umfasst 56,96 km². Der Tourismus spielt für die Region eine bedeutende Rolle: 300.000 Übernachtungen und ca 120.000 Tagesbesucher der Seehundstation.

Friedrichskoog hat einen offiziellen EU-Fischereihafen mit den meisten registrierten Krabbenkuttern und zählt mit zu den größten Fischereihäfen an der Westküste.

Im Zuge der Haushaltsberatung 2009 wurde im Haushaltsbegleitgesetz die Kommunalisierung der Landeshäfen an der Westküste festgeschrieben.

Aus meiner persönlichen heutigen Sicht und der unklaren Faktenlage und des Verfahrens mit stetig neuen und verändertem Zahlenwerk - ein Fehler!!!!

Mit der Drucksache 18/2429 zeichnet das Wirtschaftsministerium ein klares Bild zur Schließung des Hafens mit dem Hinweis „auf der Grundlage des Businessplans“. Der Umgang mit der Opposition ist ernüchternd.

Mit mehreren „Kleinen Anfragen“ habe ich versucht Details zu erhalten, die ins Verfahren eingespeist werden sollten und die dem Landtag nun mit der Drucksache 18/2429 am 13.2.2014 präsentiert werden.

Details, die Anhalt für Konzepte der Gemeinde hätten sein können – wenn sie denn zutreffen.

Der Landesregierung gilt „Dank“ für das konstruktive und offene Miteinander.

Ich persönlich bin bestürzt und empfinde es als Skandal im Umgang mit diesem sensiblen Thema, im Umgang mit den Akteuren vor Ort. Hier sind Aufwände für

kommunale Gremien, Aufwände der Hafenbetriebsgesellschaft für Planungsleistungen.

Vor der letzten Landtagswahl 2012 wurden durch Herrn Albig Hoffnungen geweckt, dass der durch MP a.D. Carstensen eingeschlagene Weg mit einen gemeinsamen konstruktiven Miteinander fortgesetzt werden sollte.

Ich zitiere aus einem Wahlkampf-Besuchsbericht (15.4.2014) des MP aus dem internet:
„Auch beim anschließenden Besuch der Seehundstation wurde klar, dass eine Schließung des Hafens völlig ungelöste Probleme aufwerfe.“

Nach Regierungsbildung 2012 wird Herr Stegner in der DLZ am 14.1.2013 mit der Aussage zum Friedrichskooger Hafen zitiert:

„Gefragt nach der Zukunft des Friedrichskooger Hafens kommentierte Stegner: Da gibt's ja auch Beschlüsse. Die sind schwer umzusetzen, aber Privatisierung ist nicht unsere Linie“.

Welche Linie verfolgen die heute Regierenden?

Mein Apel: Unterstützen Sie, Herr Stegner, aktiv die Bemühungen der Gemeinde.

Der zuständige Staatssekretär Dr. Nägele sprach gegenüber den Gemeindevertretern sogar „vom Verlust der Seele des Dorfes“.

Ich möchte hier nicht das bereits mehrfach dargelegte Potential an Problemen über Seehundstation, Arbeitsplätzen, Spielhalle „WAL“ und der Marscheider Werft mit Alleinstellungsmerkmal für kleine Kutter aufarbeiten, obwohl dieses wichtige Kriterien für die Gemeinde sind. Ich möchte vielmehr für Gründe und die Bemühungen der Region für den Erhalt des Hafens sensibilisieren und werben.

Der Hafen ist das Zentrum der touristischen Aktivitäten Friedrichskoogs und des südlichen Dithmarschens.

Wozu diesen Hafen?

Die Flotte unter der Registrierung FRI/SD zählt heute 26 Schiffe, die ihren Heimathafen nicht mehr anlaufen können und in Büsum oder anderswo nur als Gastlieger in „3. Reihe“ geduldet sind. Eine Flotte, die über 30% der Fangmenge Krabben liefert. Mit einer Fangmenge 2013 von rd. 2.700 to und einem Kilo-Preis von 3,57 € ergibt sich ein Umsatz von rd 10 Mio €. (Quelle Kutterverband). Für die Region ein nicht unerheblicher Wirtschaftszweig.

Zur Diskussion um das Verursacherprinzip der Versandung:

Das WSA Cuxhaven hat in einer Protokollnotiz vom 13.1.2014 „Jahresgespräch mit den auf der Unter- und Außenelbe tätigen Fischern gemäß Vereinbarung vom 25.2.1998“ festgestellt, Zitat: Außerdem führt auf Grund der Coriolisablenkung ein Verbringen auf der roten Seite dazu, dass das verbrachte Sediment eher in Richtung der östlich gelegenen Watten verdriftet als in die Fahrinne.“

Dieses scheint ein klares Indiz für die Probleme der Versandung der Hafenzufahrt zu sein.

Die durch Schleswig-Holstein geduldete / genehmigte Verbringung von leicht bzw schwach belastetem oder auch nicht belasteten Baggergut (rd 3 Mio m³) an Tonne E3 bringt Ausgleichzahlungen in den Landeshaushalt. Weitere 5 Mio m³ sollen bei Schehlenkuhlen verbracht werden. Bei 2,00€/m³ macht dieses rund 10 Mio €. Bleibt die entscheidende Frage neben dem Sedimentmanagement, wo bleibt dieses Geld? Fragen, die die Landesregierung auch beantworten muss.

Aber Stichwort - Verbringung von Baggergut- hier steht auch Hamburg mit in der Verantwortung.

Senator Horch und seine Mitarbeiter haben das Problem aufgenommen, sind jedoch durch Schleswig-Holstein gebunden und können aus eigenem Antrieb flankierende Maßnahmen nicht auf den Weg bringen.

Stichwort „Elbefond“. Hier prüft der Wirtschaftsminister aktuell den Sachverhalt.

Minister Meyer sollte anlässlich des Termins am 24. Februar 2014 in Friedrichskoog mit Herrn Horch Gemeinsamkeiten zu dem sensiblen Thema suchen. – wenn sie denn überhaupt gewollt sind.

Zum Anderen beheimatet der Hafen den SBC, den Sportbootclub Friedrichskoog mit rd 180 Wassersportbegeisterten und einer fundierten Jugendarbeit und -förderung.

Den Verein zeichnet die hohe Bereitschaft und das persönliche Engagement der Mitglieder aus, die in Eigenleistung und Einsatz privater finanzieller Mittel Liegeplätze hergestellt und ein Vereinsheim errichtet haben. Auch hier sollte geprüft werden, wie eine Unterstützung erfolgen könnte. Stichwort: „Sporthafenfond“ der durch Hamburg gespeist wird.

Laut Aussage des Staatssekretärs Müller-Beck im Wirtschaftsausschuss werden Überlegungen zur Schließung des Hafens in Abhängigkeit zur Ausweisung von Nullnutzungszonen zwischen Brunsbüttel und Friedrichskoog ja nicht Gegenstand der Betrachtung und Schließungsgrund sein.

Ebenso hat der Staatssekretär in der Gemeinde wieder Hoffnungen geschürt.

Zum Sachverhalt und zur Historie um die Diskussion zum Hafen kurze Ausführungen: Seit 1998 verfolgt der Landesrechnungshof (LRH) die Kostenentwicklung um die Landeshäfen in Schleswig-Holstein und versucht die Folgewirkung der Auswirkung von Hafen zu Tourismus zu ermitteln und hatte dieses seinerzeit der Landesregierung ins „Gebetbuch“ geschrieben.

Analysen und Abhängigkeiten zwischen Häfen und Tourismus sind mir bislang nicht bekannt.

Zwischenzeitlich wurden gar Planungs- und Ausführungsfehler beim Bau des Sperrwerkes bekannt.

Dieses darf heute nicht zu Lasten der Gemeinde Friedrichskoog gehen.

Aus heutiger Sicht, würde ich die Entscheidung - egal ob Herausnahme eines

Mosaiksteins aus dem Paket der Haushaltskonsolidierung und Einsetzen eines gleich großen – nicht mehr treffen. Für mich hat sich mit der aktuellen unklaren Faktenlage die Geschäftsgrundlage für eine derartige Entscheidung verändert.

Sowohl die alte als auch die jetzige Landesregierung hatten ein offenes transparentes Verfahren mit der Gemeinde angekündigt.

Beim Sedimentmanagement scheint der Informationsgehalt doch weit auseinander zu gehen.

Meine Forderung an die Landesregierung:
Unterstützen Sie die Maßnahmen zum Erhalt des EU-Fischereihafens und zur Kommunalisierung des Hafens.

Hier geht es nicht darum politischen Populismus zu leben, sondern der Fischerei-Flotte FRI/SD den Heimathafen und der Kommune den Wirtschaftszweig Fischerei zu erhalten.

Die Aspekte einer Schließung müssen in dem durch die Landesregierung zu jeder Gelegenheit viel und immer wieder zitierten offenen Dialog analysiert und aufgearbeitet werden. Die Auswirkungen einer Schließung trifft die gesamte Region zwischen Meldorf, Marne, Brunsbüttel und Burg bis Friedrichskoog.

Irritierend in der jetzigen Phase: Die Landesregierung installiert einen Work-Shop mit den regionalen Akteuren unter Einbeziehung der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) zur Analyse einer Perspektive bzw Alternative zum Erhalt des Hafens Ein Work-Shop terminiert auf den 27.2.2014 mit einem Arbeitsauftrag an das BAW Optionen vorzulegen.

Laut BAW war der Inhalt dieses Arbeitsauftrages bis zum 17.2.2014 unklar.

Nachfragen des BAW zu Detailfragen bei den Fischern am 19.2.2014 sprechen eine deutliche Sprache. Fragen, obwohl die Antworten im MELUR vorliegen sollen.

Wen will man hier aufs Glatteis führen?

Welcher Sinn steckt hinter diesem Verfahren?

Die regionalen Akteure – Bürgermeister; Bürgerinitiative, Fischer, HBG, Unternehmer, Bürger und Bürgerinnen - arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen und mit Erkenntnis von Betroffenen an Lösungsansätzen für ihren Hafen.

Zum bisherigen Verfahren:

Erster Business-Plan – Ergebnis: Mittel für Schöpfwerksbau fehlt (Forderung war neu!) Business-Plan abgelehnt.

Zweiter Business-Plan – Ergebnis: Wirtschaftlichkeit nicht gegeben
Begründung in DS 18/2429 dargelegt – Informationen waren bislang so nicht kommuniziert!!!) Business-Plan abgelehnt.

Neueste Erkenntnis der Landesregierung: Das Sperrwerk ist nicht mehr sturmflutsicher – sofortiger Handlungsbedarf!! Information für die Gemeinde neu.

Mir persönlich ist es zu einfach und zu billig aus der Situation politisches Kapital zu schlagen.

Hier geht es um die Zukunft einer Region!!!

Die Herrn Albig, Meyer und Habeck sollten bereit sein, gemeinsam mit der Region ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Auf diesem Weg war die vorherige Landesregierung.

Mein Auftrag an die Landesregierung: sagen Sie nicht was nicht geht, sagen Sie was geht!!!

Eine Verlängerung der Prüffrist bis Dezember 2014 zur Erarbeitung eines tragfähigen Gemeinschaftskonzeptes sollte das Signal in die Region sein.